

Wem nutzt Bürgerbeteiligung in der Stadtplanung?

Eine kritische Analyse anhand empirischer Forschungen zum Fallbeispiel Porto Alegre, Brasilien

Rogério Rodrigues Mororó · Rainer Rothfuß

Online publiziert: 4. November 2012
© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2012

Den vielfältigen Instrumenten der Bürgerbeteiligung in kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen wird in Forschung und Praxis seit einigen Jahren große Aufmerksamkeit zuteil. Teilweise ist diese mit einer geradezu euphorischen Bewertung ihrer Leistungsfähigkeit im Hinblick auf die Verwirklichung einer sozial gerechteren Regierungsführung verbunden. Der Beitrag zeigt am Fallbeispiel Porto Alegre anhand theoriegeleiteter empirischer Untersuchungen, dass jedoch auch deliberative und partizipatorische Politikinstrumente, die auf einer aktiven Mitwirkung der Bürger gründen, einer stetigen kritischen Überprüfung bedürfen, wenn sie über ihre politische Legitimationsfunktion hinaus gesellschaftlichen Wandel ermöglichen sollen. Nur unter Berücksichtigung der immer asymmetrischen Machtstrukturen zwischen den unterschiedlichsten kommunalpolitischen Akteuren und Betroffenen kann Bürgerbeteiligung so gestaltet werden, dass sie der ungleichen Durchsetzungsfähigkeit gesellschaftlicher Anliegen im kommunalpolitischen Gestaltungsprozess wirksame Mechanismen zum Chancenausgleich entgegen setzen kann.

Bürgerbeteiligung weltweit zunehmend im Fokus

Schon seit Beginn der 1970er Jahre beschäftigt das Thema der direkten Bürgerbeteiligung in Planung und Politik zahlreiche Sozialwissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen. Auch die Angewandte Geographie beschäftigt sich

zunehmend damit. Das wissenschaftliche Interesse an Fragen der Bürgerbeteiligung in Prozessen der kommunalen Entscheidungsfindung verstärkte sich, weil die entsprechenden Instrumente seit den 1990er Jahren im Alltag der Stadtplanung vieler Stadtverwaltungen erheblich an Bedeutung gewonnen haben. Diese Entwicklung betrifft keinesfalls nur den europäischen und nordamerikanischen Raum, sondern erhielt in der Anfangsphase sogar entscheidende Impulse aus Lateinamerika. In Kommunen von Entwicklungs- und Schwellenländern gewann die Thematik eine besondere Dynamik, da Instrumente der demokratischen Entscheidungsfindung seit fast zwei Jahrzehnten von internationalen Entwicklungsorganisationen wie beispielsweise Weltbank und UNDP (United Nations Development Programme) ausdrücklich gefördert werden (vgl. Theuer Linke 2011: 161 f.).

Bürgerbeteiligung in Brasilien

In Brasilien werden, insbesondere nach der Redemokratisierung des Landes Mitte der 1980er Jahre, zahlreiche Verfahren praktiziert, welche die Bürger in Prozesse der politischen Entscheidungsfindung einbeziehen. Dazu zählen die „Thematischen Konferenzen“, welche auf allen Ebenen der Regierung (Bund, Länder und Kommunen) stattfinden. Thematische Konferenzen wurden in den letzten zehn Jahren in Brasilien beispielsweise in den Bereichen der Gesundheits-, Bildungs- und Umweltschutzpolitik sowie insbesondere auch im Bereich der Stadtentwicklung realisiert. Eine weitere Form, die Bürger in die Planung einzubeziehen, stellen die „Thematischen Beiräte“ dar, welche inzwischen in praktisch allen politischen Bereichen existieren. Diese Beiräte setzen sich aus Vertretern der Regierung, der Fach- und Dachverbände sowie aus weiteren unter-

Dipl.-Geogr. R. R. Mororó (✉) · Prof. Dr. R. Rothfuß
Geographisches Institut, Universität Tübingen,
Rümelinstr. 23, 72070 Tübingen, Deutschland
E-Mail: rmororo@hotmail.com

Prof. Dr. R. Rothfuß
E-Mail: rainer.rothfuss@uni-tuebingen.de

schiedlichen Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft zusammen. In diesen demokratisch verfassten Gremien werden die Richtlinien für die jeweilige sektorale Politik der Regierungen diskutiert. In manchen Kommunen wie Porto Alegre und Belém werden auch sogenannte Stadtkongresse abgehalten, auf denen Leitlinien für die Entwicklung der Städte mit den Bürgern diskutiert und definiert werden.

Die Durchführung öffentlicher Anhörungen ist in den Kommunen – ebenso wie auf den anderen Regierungsebenen – gängige Praxis geworden. Bei vielen städtebaulichen Maßnahmen und insbesondere bei Großprojekten sind öffentliche Anhörungen Pflicht. In Porto Alegre dürfen die Bürger bei bestimmten Anhörungen aktiv mitwirken und über inhaltliche Sachfragen mitbestimmen. Grundsätzlich hat jeder Bürger, der an einer öffentlichen Anhörung teilnimmt, bei den diskutierten Themen ein Rederecht.

Im Folgenden sollen einige Erfahrungen aus Porto Alegre in den Bereichen Stadtplanung und Stadtverwaltung analysiert werden. Die Darlegungen basieren überwiegend auf den Ergebnissen eigener empirischer Forschungen im Rahmen einer Promotion am Geographischen Institut der Eberhard Karls Universität Tübingen (vgl. Mororó 2012).

Partizipative Entscheidungsfindung im Kommunalplanungsbeirat

Auf kommunaler Ebene spielen die thematischen Beiräte bei den Debatten und bei der Entscheidungsfindung in den verschiedenen Politikbereichen – beispielsweise Stadtplanung, Gesundheit, Bildung, Umwelt und Sozialwohnungsbau – eine wichtige Rolle. Die Arbeit eines dieser Kommunalbeiräte wurde in Porto Alegre ausführlich untersucht: Der „Kommunalbeirat für Stadtentwicklung“ (CMDUA = Conselho Municipal de Desenvolvimento Urbano Ambiental) setzt sich aus 27 Mitgliedern zusammen, die drei Typen von Stakeholdern repräsentieren: Regierung, Nichtregierungsorganisationen (NRO) bzw. Dachverbände sowie Bezirksvertretungen der Bevölkerung (s. Abb. 1).

Bei der paritätischen Zusammensetzung erhält jede der drei Gruppen neun Stimmen. CMDUA-Mitglieder haben in der Regel zweijährige Mandate. Die meisten Vertreter der „Regierungsfraktion“ werden vom Oberbürgermeister ernannt. Welche Dachverbände und Organisationen der Zivilgesellschaft einen Sitz im CMDUA bekommen, wird in Art. 40 des Stadtentwicklungsplanes geregelt. Einige Dachverbände wie SINDUSCON (Verband der Bauunternehmer von Rio Grande do Sul) und große NRO wie SERGS (Vereinigung der Ingenieure von Rio Grande do Sul) haben in der Regel einen Stammsitz im CMDUA. Die Bewohner der Stadtbezirke wählen ihre Vertreter direkt.

Im CMDUA werden nicht nur allgemeine Leitlinien der Stadtentwicklung diskutiert, sondern auch zentrale städte-

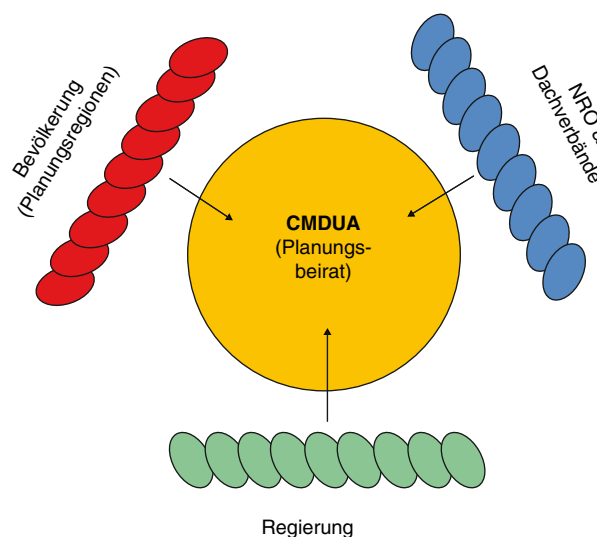
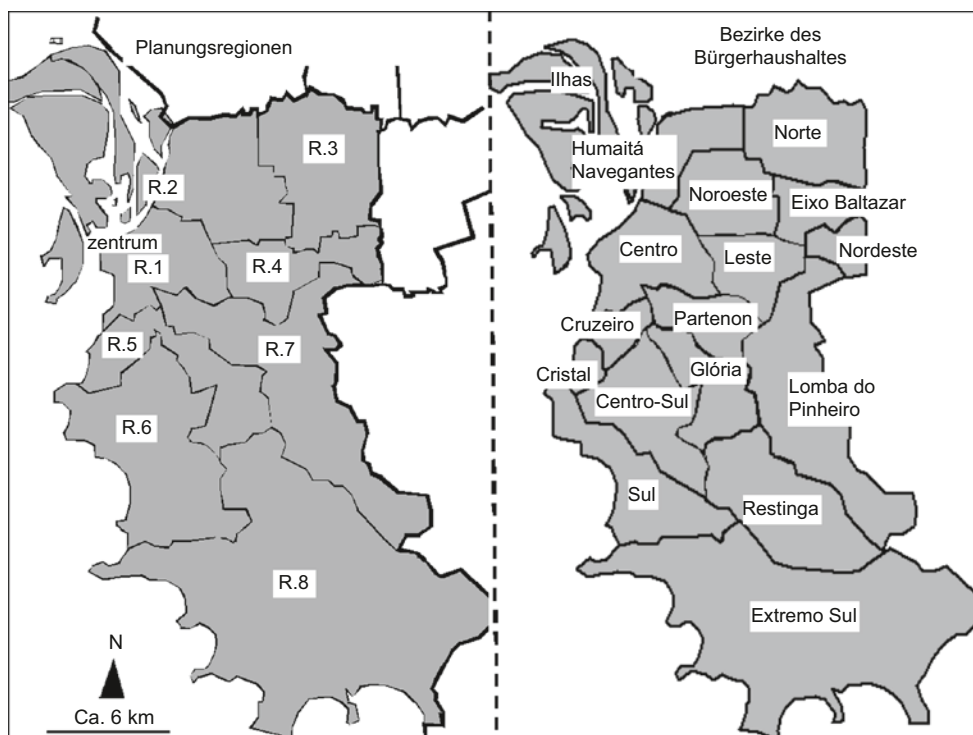


Abb. 1 Zusammensetzung des Kommunalplanungsbeirates von Porto Alegre. (Quelle: eigener Entwurf)

bauliche Maßnahmen formell genehmigt, etwa Großsiedlungs-, Straßenbau- und sonstige Infrastrukturprojekte. Der CMDUA ist allerdings nur eine von mehreren Institutionen, welche die genannten städtebaulichen Maßnahmen genehmigen. Bevor die Projekte zur Genehmigung an den CMDUA übergeben werden, werden sie von einem wichtigen Fachausschuss (CAUGE = Comissão de Análise Urbanística e Gerenciamento) inhaltlich und politisch beurteilt. CAUGE ist ein Expertenausschuss, dessen Mitglieder in den Fachabteilungen der Kommunalverwaltung tätig sind. Des Weiteren müssen die bedeutendsten städtebaulichen Maßnahmen und ihre Finanzierung im Gemeinderat von Porto Alegre beschlossen werden.

Vor diesem Hintergrund muss die Rolle des CMDUA differenziert betrachtet werden. Seine demokratische Funktion ist insoweit von Bedeutung, als dass dort politische Interessen parallel zu den traditionellen Verfahren der repräsentativen Demokratie bis zu einem gewissen Grad abgewogen werden können. Als ein demokratisches Gremium zur Steuerung der Stadtplanung kann der CMDUA wichtige Impulse für die Entwicklung städtebaulicher Maßnahmen geben und zum Teil auch eine Kontrollfunktion über Vorhaben der Kommunalverwaltung ausüben. Er kann auch als „Sprachrohr“ der Bevölkerung für die sogenannten „Planungsregionen“ (Abb. 2) dienen. Jede der acht Planungsregionen hat ein „regionales Planungsforum“, das wiederum als weitere dezentrale Instanz der Bürgerbeteiligung fungiert. Die von der Bevölkerung direkt gewählten „Planungsforumsdelegierten“ arbeiten eng mit den CMDUA-Mitgliedern zusammen. In Kooperation miteinander können Forumsdelegierte und CMDUA-Mitglieder Projekte initiieren und/oder Vorschläge zur Stadtentwicklungspolitik einbringen.

Abb. 2 Dezentralisierung der Bürgerbeteiligung in der Kommune Porto Alegre (Kartographie: Rogerio Mororó nach Plänen der Prefeitura Municipal de Porto Alegre – PMPA)



Vor allem beim Novellierungsprozess des Stadtentwicklungsplanes von Porto Alegre ab dem Jahr 2007 spielten die CMDUA-Mitglieder und die Delegierten der regionalen Planungsforen eine wichtige Rolle. Sie erarbeiteten Vorschläge zur Veränderung der seit 2000 geltenden Bauvorschriften und Leitlinien der Stadtentwicklungspolitik. Im Rahmen dieses Novellierungsprozesses durften auch Bürger Veränderungsvorschläge einreichen. Nicht übersehen werden darf jedoch die trotz stimmrechtlicher Gleichstellung vorhandene faktische Machtasymmetrie zwischen den im CMDUA repräsentierten Akteursgruppen. Darauf soll später ausführlicher eingegangen werden.

Partizipation im Rahmen des Bürgerhaushaltes

Seit den 1990er Jahren stellen Bürgerhaushalte in vielen Ländern der Welt eines der bekanntesten Verfahren zur Bürgerbeteiligung in der kommunalen Haushaltspolitik dar. Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre erlangte als früher Modellfall weltweiten Bekanntheitsgrad. Das Beteiligungsinstrument wurde bereits 1989 ins Leben gerufen und wird bis zum heutigen Tag angewendet. Im Rahmen dieses Verfahrens wird den Bürgern die Möglichkeit eingeräumt, eine Prioritätenliste für Investitionen des kommenden Haushaltsjahres aufzustellen, die von der Kommunalverwaltung eingehalten werden soll.

Die Investitionsprioritäten werden von den beteiligten Bürgern in den Bürgerversammlungen in direkter Abstimmung

jährlich neu beschlossen. Hierfür wird den Bürgern ein Themenkatalog vorgegeben, aus dem sie ihre bevorzugten Themen auswählen. Erst nach dieser Auswahl wird von den Mitgliedern des Bürgerhaushaltsbeirats (COP = Conselho do Orçamento Participativo) in Kooperation mit Vertretern der Kommunalverwaltung eine Rangliste aufgestellt. Die Rangliste der Investitionsprioritäten wird nach Themenbereichen – etwa Wohnung, Gesundheit oder Asphaltierung – sowohl für die ganze Kommune, wie auch innerhalb der jeweiligen Bürgerhaushaltsbezirke aufgestellt. Bei dieser Aufstellung müssen im Voraus festgelegte und gewichtete Kriterien berücksichtigt werden. Zu diesen Kriterien zählen:

- Qualität der Versorgung der jeweiligen Bezirke mit städtischen Infrastrukturen wie Trinkwasser, Gesundheitszentren, Schuleinrichtungen (Gewichtungsfaktor 3),
- Gesamtzahl der Bewohner pro Bezirk (Faktor 2),
- von den Bürgern prioritär gewählte Themen (Faktor 3).

Für die Bereiche, die auf den ersten vier Stellen rangieren, sollen mehr finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden (für nähere Informationen zum Bürgerhaushalt von Porto Alegre vgl. Zimmermann 2004: 172 ff.; Theure Linke 2011: 56 ff.).

Die Themen, die über einen Untersuchungszeitraum von 15 Jahren hinweg von der Bevölkerung am häufigsten gewählt wurden, sind Sozialwohnungsbau, Straßenbefestigung sowie Wasser- und Abwassereinrichtungen. Tabelle 1 zeigt die Themen, die zwischen 1992 und 2006 auf die ersten drei Plätze der Prioritätenliste gewählt wurden.

Tab. 1 Prioritätenrangfolge kommunaler Themen im Bürgerhaushalt Porto Alegres (1992–2006). (Quelle: verändert nach Baierle (2007: 10))

Themen	Jahr															
	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	
Wasser/Abwasser	1	1	3	3	2	3	3	1		3	–	6	–	–	–	
Sozialwohnungsbau		3	1	2	3	1	2	3	1	2	1	1	1	1	1	
Straßenbefestigung	3	2	2	1	1	2	1	2	2	1	3	3		3		
Erziehung	2	–	–	–	–	–	–	–	–	–	2	2	3	2	2	
Gesundheit	–	–	–	–	–	–	–	–	3	–	–	–	–	–	3	
Soziales	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	2	–	–	

Welchen Mehrwert für die Kommunalpolitik bringt Bürgerbeteiligung?

Die Frage, welchen Mehrwert die direkte Bürgerbeteiligung in Prozessen der Stadt- und Haushaltsplanung erbringen kann, ist von Fall zu Fall sehr differenziert zu beantworten. Auf der theoretischen Ebene wird Bürgerbeteiligung je nach Denkschule unterschiedlich betrachtet. Einerseits sehen etwa Anhänger der „Theorie des kommunikativen Handelns“ im Sinne von Jürgen Habermas (vgl. Healey 2006) ebenso wie die Verfechter des „Input-Konzeptes der Demokratie“ (vgl. Zimmermann 2004: 40 f.) direkte Bürgerbeteiligung meistens als eine reale Möglichkeit, politische und gesellschaftliche Verhältnisse zu transformieren. Verfechter des Gouvernementalitätsansatzes hingegen betrachten Bürgerbeteiligung als nur eine unter mehreren „Technologies of Government“ (d. h.: politische Instrumente oder Verfahren, welche unterschiedlichen Zwecken dienen können – vgl. Mororó 2012, S. 393 f.). Aus deren Perspektive ist Bürgerbeteiligung nicht notwendigerweise als Strategie zum „Empowerment“, also zur Stärkung der Machtposition der Bevölkerung sowie zur Kontrolle und inhaltlichen Veränderungen von Politik anzusehen, sondern kann durchaus auch als verfeinerte Strategie der Interessendurchsetzung und des Machterhalts benutzt werden.

Bislang durchgeführte empirische Untersuchungen zu den Auswirkungen partizipativer Kommunalplanung konnten die oben geschilderte Theoriekontroverse nicht auflösen. Die Arbeit von Mororó (2012) zeigt, dass die in der empirischen Literatur und in anwendungsbezogenen Leitfäden weitverbreitete „These der Umkehrung von Prioritäten“ bei städtischen Investitionen zwar ganz in Übereinstimmung mit dem Ansatz des kommunikativen Handelns und des Input-Konzeptes der Demokratie steht, diese jedoch in Porto Alegre empirisch nicht nachweisbar ist.

Vertreter der These einer Umkehrung von Prioritäten gehen davon aus, dass eine auf direkter Bürgerbeteiligung basierende Kommunalpolitik zu „Umverteilungseffekten“ führen würde. Demzufolge würden sich neue Investitionen der Kommunalverwaltung inhaltlich nicht länger auf Großprojekte und räumlich nicht weiter auf die reichen Stadtbezirke konzentrieren, sondern vielmehr auf sozial schlechter

gestellte Viertel mit besonderen Infrastrukturdefiziten (vgl. Daniel 1994: 296 f.). Eine solche Umkehrung von Prioritäten würde langfristig nicht nur die Armut bekämpfen, sondern auch soziale Disparitäten in den Städten abbauen. Jüngere empirische Untersuchungen stellen die Annahme einer Prioritätenumkehr jedoch in Frage.

Umkehrung von Prioritäten durch Bürgerbeteiligung oder Legitimation dominanter politischer Interessen?

Die Frage, wie sich direkte Bürgerbeteiligung in den Kommunen auf Planung, Politik und Gesellschaft auswirkt, lässt sich ausgehend von den in Porto Alegre geführten empirischen Erhebungen nicht allgemeingültig beantworten. Dafür fehlen bislang nicht nur ausgereifte Erhebungsinstrumente, sondern auch allgemein anerkannte Indikatoren zur Messung von Auswirkungen und Ergebnissen von Bürgerbeteiligung. Dennoch weisen bereits vorhandene empirische Forschungsergebnisse auf die Notwendigkeit hin, gängige theoretische Annahmen des Mainstreams in der Demokratieforschung zur kommunalen Bürgerbeteiligung zu korrigieren.

Die These einer Umkehrung von Prioritäten basiert auf Verallgemeinerungen und auf Indikatoren, die keine verlässlichen wissenschaftlichen Aussagen zur Frage der Umverteilung von finanziellen Ressourcen in Porto Alegre erlauben. Vorhandene Daten und Informationen zeigen, dass die Ausgabenverteilung der Kommunalverwaltung Porto Alegres keinesfalls mit den im Rahmen des Bürgerhaushaltsprozesses von den Bürgern gewählten Prioritäten in Übereinstimmung steht (vgl. Mororó 2011).

Des Weiteren zeigen die empirischen Untersuchungen zum Planungsbeirat CMDUA und auch zur speziellen Frage der Bürgerbeteiligung bei der Fortschreibung des Stadtentwicklungsplanes, dass die Möglichkeiten, bei der Gestaltung der Planungspolitik in Porto Alegre mitzuwirken, bei den verschiedenen Stakeholdergruppen sehr ungleich verteilt sind. Gut organisierte und finanzstarke Lobbygruppen haben nachweislich auch in Porto Alegre erheblichen Einfluss auf die Kommunalpolitik. Bauvorschriften werden häufig gemäß dominierenden wirtschaftlichen Interessen

abgeändert bzw. durch Ausnahmeregelungen außer Kraft gesetzt. Aufgrund des Einflusses mächtiger Lobbygruppen setzt sich trotz Bürgerbeteiligung in vielen Fällen die Logik der Gewinnmaximierung durch. Dies zeigt sich etwa an einer ausgeprägten Vertikalisierung der Bauformen, die das historische Stadtbild nachhaltig verändert oder an einer stark erhöhten Baudichte in den Stadtvierteln mit hohen Immobilienpreisen. Schwach organisierte Interessengruppen sind hingegen kaum in der Lage, die Planungspolitik im Sinne sozialer und gesamtgesellschaftlicher Interessen zu beeinflussen. Die Machtasymmetrie zwischen den verschiedenen, an partizipativen Planungsprozessen beteiligten Interessengruppen und Akteuren wurde im Rahmen der Arbeit von Mororó (2012) anhand unterschiedlicher Indikatoren nachgewiesen.

Die demokratische Herausforderung kommunaler Bürgerbeteiligung angehen

Bürgerbeteiligung, die den Anspruch erhebt, nicht nur als gesellschaftlich akzeptiertes Legitimationsinstrument zu dienen und zur Bemäntelung wirtschaftlicher Interessen in der Kommunalpolitik funktionalisiert zu werden, muss auch die unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten verschieden starker Interessengruppen auf kommunale Planungs- und Entscheidungsprozesse offen thematisieren. In Porto Alegre hat die Bürgerbeteiligung nach über 20 Jahren noch zu keiner nachweisbaren Transformation der herrschenden Machtstrukturen geführt. Viele Deliberationen und Entscheidungen, die im Rahmen demokratischer Institutionen wie CMDUA und Bürgerhaushalt oder von demokratischen Bürgerversammlungen erfolgten, haben demnach faktisch einen Pro-forma-Charakter. Dem Schein und dem politisch-medialen Diskurs nach wird von den beteiligten Bürgern bestimmt, was in der Politik geschieht. Tatsächlich aber dienen viele demokratische Debatten und Abstimmungsverfahren weitgehend der notwendigen politischen Legitimation, die von der Stadtpolitik und den sie tragenden zentralen Lobbygruppen für ihre Vorhaben benötigt wird.

Die Befunde der in Porto Alegre durchgeführten empirischen Untersuchungen bestätigen einige Annahmen von Forschern, die sich mit Gouvernamentalität beschäftigen und für Machtfragen in kommunalpolitischen Aushandlungsprozessen besonders sensibel sind. Sie widerlegen hingegen zentrale Annahmen von Vertretern des Mainstreams in der Forschung zur direkten Demokratie. Die Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass Bürgerbeteiligung in vielen Fällen tatsächlich als „Technology of Government“ fungiert. Somit würde Bürgerbeteiligung nicht wirklich der Transformation lokaler Machtstrukturen und auch nicht der wirklichen Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit durch Empowerment dienen, sondern vielmehr der Legi-

timierung von Vorhaben mächtiger Interessengruppen und damit der Reproduktion überkommener gesellschaftlicher Machtstrukturen. Diese Problematik muss – nicht nur im Fall Porto Alegres – in der empirischen Forschung theoretisch weiter untersucht werden und in die Formulierung von Handlungsempfehlungen für gesellschaftlich-transformatorische Ansätze partizipativer Bürgerbeteiligung münden.

Literatur

- Baierle SG (2007) *Lutas Urbanas em Porto Alegre: Entre a Revolução e o Transformismo*. Porto Alegre. <http://www.ongcidade.org/site/arquivos/biblioteca/lutaslivro.pdf>. Zugegriffen: 24. Sept. 2012
- Daniel C (1994) *Governo local e reforma urbana num quadro de crise estrutural*. In: Ribeiro LCQ, Santos OA Jr (Hrsg) *Globalização, fragmentação e reforma urbana. O futuro das cidades brasileiras na crise*. Rio de Janeiro, S 291–307
- Healey P (2006) *Collaborative planning: shaping places in fragmented societies*, 2. Aufl. Macmillan, Houndmills
- Mororó RR (2011) *Das partizipative Planungskonzept von Porto Alegre zwischen Wirklichkeit und Mythos*. In: Coy M, Neuburger M (Hrsg) *Innsbrucker Geographische Studien*, Bd 38. *Global Change: Herausforderungen für Lateinamerika*. Selbstverlag Geographie Innsbruck, S 109–121
- Mororó RR (2012) *Das „partizipative“ Stadtplanungskonzept von Porto Alegre, Brasilien. Ein Modell für eine gerechtere sozialräumliche Stadtentwicklung?* Dissertation, Tübingen (im Druck)
- Theuer Linke D (2011) *Der Partizipative Haushalt und der Wandel, der ihn trägt: Hintergründe, Akteure, theoretische Konzepte. Der Erfolg der partizipativen Kommunalpolitik von Porto Alegre, Brasilien, im Kontext neuer Vorstellungen von Entwicklung und Demokratie*. Tübingen: Dissertation. http://tobias-lib.uni-tuebingen.de/volltexte/2011/5890/pdf/Diss_OP_Theuer_2011_11_18_Publikation.pdf. Zugegriffen: 19. Sept. 2012
- Zimmermann CR (2004) *Bürgerbeteiligung und Stadtplanung in brasilianischen Großstädten. Das partizipatorische Stadtplanungsmodell von Porto Alegre im Vergleich zum sozialtechnokratischen Modell von Curitiba*. Dissertation, Heidelberg.

Dipl.-Geogr. Rogerio Rodrigues Mororó, Jg. 1968. 1998–2003 Studium der Geographie, Politikwissenschaft und Raumordnung in Tübingen und Stuttgart. 2004–2005 Tätigkeit in EU-Projekten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit der Landeshauptstadt Stuttgart mit Lateinamerika. 2012 Promotion an der Eberhard Karls Universität Tübingen zur Bürgerbeteiligung in der Stadtplanung. Arbeitsschwerpunkte: Partizipative Planung, Geographische Entwicklungsforschung, Lateinamerika.

Prof. Dr. **Rainer Rothfuss**, Jg. 1971. 1991–1998 Studium der Geographie, Politikwissenschaft und Raumordnung sowie Entwicklungsplanung in Tübingen, Stuttgart und Mérida (Venezuela). 2006 Promotion an der Eberhard Karls Universität Tübingen zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit in transnationalen Städtenetzwerken. Seit 2009 Juniorprofessor für Humangeographie an der Universität Tübingen. Arbeitsschwerpunkte: Elektromobilität, partizipative Planung, Geographische Konfliktforschung.